



Frühjahrskonferenz

6. und 7. Juni 2018

Beschluss

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

TOP I.5 Elternschaft im Wandel – Anforderungen an ein modernes Abstammungsrecht

Berichterstattung: Thüringen, Berlin, Hamburg

1. Die sich fortentwickelnden Möglichkeiten der Kinderwunschmedizin, gesicherte Methoden zur Feststellung der genetischen Abstammung und eine gewandelte Akzeptanz vielfältiger Familienkonzepte führen dazu, dass Kinder zunehmend in Familien leben, in denen biologische, soziale und rechtliche Elternschaft auseinanderfallen. Die Justizministerinnen und Justizminister begrüßen daher, dass das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz Reformüberlegungen angestoßen hat, um das Statusrecht des Kindes zukunftsfähig zu gestalten. Die Überlegungen müssen sich am Kindeswohl ausrichten.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister erachten den Abschlussbericht der Experten und Expertinnen des Arbeitskreises Abstammungsrecht sowie die Empfehlungen des 71. Deutschen Juristentages als eine Diskussionsgrundlage für die Fortentwicklung des Statusrechtes des Kindes.



89. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister 2018 | Thüringen

3. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, einen Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Rechtsverhältnisse Eltern - Kind vorzulegen und über den Stand des Gesetzgebungsvorhabens bei der Frühjahrskonferenz der Justizministerinnen und Justizminister 2019 zu berichten.

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen